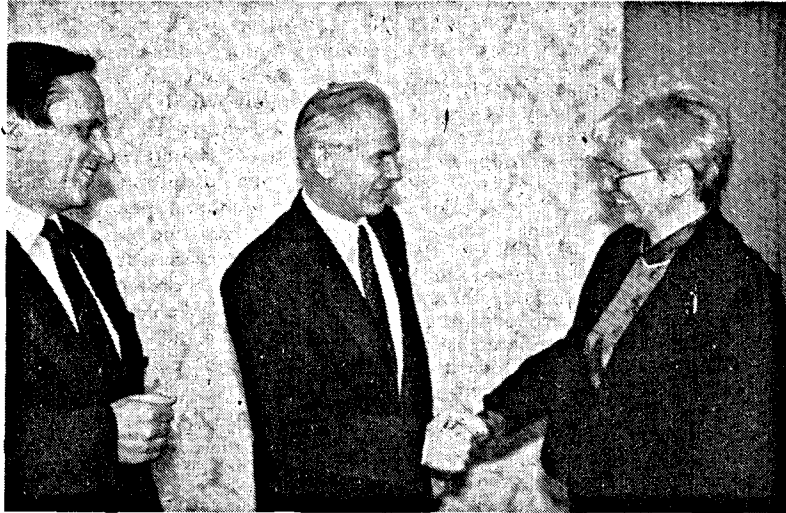


Kooperation beim Bauen zum Wohl der Menschen

Premier Modrow empfing BRD-Ministerin Hasselfeldt
Gemeinsame Erklärung der Ressortchefs beider Länder



Willkommensgruß im Hause des Ministerrates

Foto: ND/Lange

Berlin (ND/ADN). Ministerpräsident Dr. Hans Modrow empfing am Freitag die Ministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der BRD, Gerda Hasselfeldt, zu einem Gespräch. Er begrüßte das Treffen der Bauminister beider deutscher Staaten, bei dem neben Fragen der Zusammenarbeit im Interesse der Städte Strausund, Weimar, Meißen und Brandenburg ein breites Spektrum weiterer Möglichkeiten der Zusammenarbeit behandelt wurde. Modrow gab einen Überblick zu Problemen und Bedürfnissen des Wohnungsbaus in der DDR.

Rationelle industriemäßige Rekonstruktion innerstädtischer Bereiche sei ein wichtiges Feld. Die Zusammenarbeit sei keine Einbahnstraße, sondern es würden auch Leistungen der DDR eingebracht. Frau Hasselfeldt verwies auf Möglichkeiten der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil, die Nutzung der Erfahrungen beider Seiten einschließe. Man solle mit einigen Vorhaben beginnen, um zu nachvollziehbaren Resultaten zu kommen. Bei Erörterung des politischen Umfelds der Zusammenarbeit DDR-BRD bekräftigte Hans Modrow, daß die Vertragsgemeinschaft, die man im europäischen Rahmen sehen müsse, gute Voraus-

setzungen für wirtschaftliche Projekte bietet. Frau Hasselfeldt bezeichnete die Ergebnisse des Dresdner Treffens der beiden Regierungschefs als außerordentlich wichtige Grundlage für spezielle Kooperation.

Am Freitagvormittag hatte der Minister für Bauwesen der DDR, Prof. Dr. Gerhard Baumgärtel, mit Ministerin Hasselfeldt einen Meinungsaustausch, in dessen Mittelpunkt die Intensivierung der baufachlichen Zusammenarbeit stand. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es dazu unter anderem, daß beide Minister übereingekommen sind, die Zusammenarbeit im Bereich des Bauwesens, des Städtebaus und der Wohnungswirtschaft umfassend auszubauen, sei auf eine neue Grundlage zu stellen und langfristig zu gestalten. Für den Verantwortungsbereich beider Ministerien wird dazu eine gemeinsame Fachkommission unter Leitung der Minister eingerichtet. Zunächst sollen vier Arbeitsgruppen für Stadt- und Dorferneuerung, Wohnungswirtschaft, Bauwirtschaft und Bautechnik (einschließlich der Bauwissenschaft) Maßnahmen festlegen.

Beide Seiten sehen im Wohnungs- und Städtebau, in der Ver-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Kommission Politisches System beim Parteivorstand

Schwerpunkt: Wahlkampf der SED-PDS unterstützen

Berlin (ND). Auf einer Zusammenkunft von Mitgliedern des Parteivorstandes der SED-PDS und Genossen aus Grundorganisationen von Bezirken und Kreisen konstituierte sich am Freitag die Kommission Politisches System. Wolfgang Berghofer, Stellvertreter des Parteivorsitzenden, der diese ehrenamtliche Kommission leitet, sprach zu Beginn über Arbeitsweise und Aufgaben, die in großer Zahl und in völlig neuer Weise zu verwirklichen sind. Für das Selbstverständnis sei es notwendig, grundsätzliche Positionen zur Gestaltung des politischen Systems der DDR zu erarbeiten.

Bei der Kommission wurden fünf Arbeitskreise gebildet, die spezifische Fragen der Erneuerung und Gestaltung des politischen Systems beraten und bearbeiten werden. Das sind die Arbeitskreise Parteienpluralismus/Bürgerinitiativen, Staats- und Rechtspolitik, Kommunalpolitik,

Kirchenpolitik sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Neben den Kommissionsmitgliedern werden in Abhängigkeit von den zu bearbeitenden Sachfragen zeitweilig weitere Genossen (Praktiker und Wissenschaftler) einbezogen. Wolfgang Berghofer verwies darauf, daß die Unterstützung des Wahlkampfes der Partei zu den Arbeitsschwerpunkten gehört. Ebenso seien es wichtige Aufgaben, am Ausarbeiten von Standpunkten der Volkskammerfraktion der SED-PDS mitzuwirken sowie Positionen der Partei für den Runden Tisch zu erarbeiten.

Im Verlauf der Beratung berichteten zahlreiche Genossen über Erkenntnisse und Erfahrungen aus der politischen Arbeit und brachten Vorschläge für den Arbeitsplan der neuen Kommission ein.

Diskutiert wurden auch Vorstellungen der Partei für die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes.

Urteile gegen Walter Janka und andere aufgehoben

Oberstes Gericht sprach Verurteilte von Schuld frei

Berlin (ND). Das Oberste Gericht der DDR hat am Freitag die im Jahre 1957 gegen den damaligen Leiter des Aufbau-Verlages, Walter Janka, und die Mitangeklagten Gustav Just, Heinz Zöger und Richard Wolf ausgesprochenen Urteile wegen „Boykott-hetze“ aufgehoben und sie von jeder Schuld freigesprochen. Zum Abschluß des vom Generalstaatsanwalt der DDR eingeleiteten Kassationsverfahrens begründete der Präsident des Obersten Gerichts, Dr. Günter Sarge, die Unrechtmäßigkeit der damaligen Verurteilung. Die von den Verurteilten angestrebten Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR standen nicht im Widerspruch zur geltenden Verfassung. Es ging ihnen

allein um einen Prozeß der Demokratisierung in der DDR, dessen Notwendigkeit bereits nach dem XX. Parteitag der KPdSU deutlich wurde. Die Verurteilten hätten ausschließlich ihr im Artikel 9 der Verfassung verbrieftes Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen. Und im Artikel 6 der damaligen Verfassung sei ebenfalls festgeschrieben, daß die Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung keine Boykott-hetze ist. Demnach, führte Dr. Sarge aus, hätte keine Verurteilung ausgesprochen werden dürfen. In einem Beschluß des Obersten Gerichts wird den unrechtmäßig Verurteilten Anspruch auf Entschädigung zuerkannt.

Honecker derzeit haftunfähig

Generalstaatsanwalt der DDR informiert über Gutachten

Berlin (ADN). Aus ärztlicher Sicht ist die Inhaftierung des früheren Staatsratsvorsitzenden, Erich Honecker, auch nach einer erneuten Untersuchung nicht zulässig, teilte am Freitag die Pressestelle des Generalstaatsanwaltes der DDR mit. Zu diesem Ergebnis kam eine vom Generalstaatsanwalt der DDR mit der Prüfung der Haftfähigkeit beauftragte unabhängige Kommission von Medizinern des Klinikums Buch, des Städtischen Krankenhauses Berlin-Friedrichshain und der Charité. Wie aus einem dem Generalstaatsanwalt am Freitag übergebenen schriftlichen Gutachten hervorgeht, leidet Honecker an einem bösartigen Nierentumor, bei dem aus ärztlicher Sicht die Pflicht zur Behandlung besteht und nach Konsultation weiterer Ärzte über eine sofortige Operation ent-

schieden werden muß. Unter Beachtung dieses medizinischen Gutachtens, das die Haftfähigkeit Honeckers verneint, liegen gemäß Paragraph 123 der Strafprozeßordnung die gesetzlichen Voraussetzungen zur Beibringung eines Haftbefehls nicht vor. Die Ermittlungen gegen Honecker werden jedoch weitergeführt. Nach erfolgtem medizinischen Eingriff wird die Haftfähigkeit erneut geprüft.

Hymne der DDR wieder mit Text

Berlin (ADN). Fernsehen und Rundfunk werden fortan die 1949 geschaffene Hymne der DDR wieder mit dem Text von Johannes R. Becher senden. Dies erfolge, so Regierungssprecher Wolfgang Meyer, wohlwissend, daß diese Entscheidung – ob solcher Worte wie „Deutschland, einig Vaterland“ kontroverse Diskussionen auslösen werde. Doch bedeute eine Hymne, die ihren Text „verlor“, gleichfalls einen Verlust an Identifikation mit dem eigenen Staat.

Bürger blockierten Zufahrt zur Deponie Ketzin



Den Stopp von Müllimporten aus Berlin (West) und Stuttgart forderten Bürger der Stadt Ketzin, Kreis Nauen, bei einem Protestmarsch zur Deponie. Eine Stunde blockierten sie für 20 LKW die Zufahrt zu der nahe gelegenen 90 Hektar großen Deponie, auf der seit 1977 Importmüll gelagert wird. Foto: ZB/Haseloff

Regierung Rumäniens legte Verfassungsentwurf vor

Wahlgesetz soll im Januar öffentlich diskutiert werden

Bukarest (ADN). Der Rat der Front zur Nationalen Rettung Rumäniens ist in Bukarest erstmals mit den regionalen Führungsgremien in den 40 Landesbezirken zusammengetroffen. Premierminister Roman gab einen Bericht über die wirtschaftliche Situation des Landes. Ferner wurden die von Vizepremier Maziliu vorgelegten Entwürfe für eine neue Verfassung und ein Wahlgesetz, das noch im Januar zur öffentlichen Aussprache unterbreitet werden soll, erörtert. Das Mitglied des Exekutivbüros des Rates Silviu Brucan bekundete auf einer Pressekonferenz die Bereitschaft der Staatsführung zu Rundsichtgesprächen, falls die Opposition dies wünscht.

Mit dem am heutigen Sonnabend beginnenden Besuch des sowjetischen Außenministers Eduard Schevardnadse verknüpft man in Rumänien große

Erwartungen, betonte Brucan. Man hoffe auf eine massive Unterstützung seitens der UdSSR. Brucan wies Spekulationen zurück, daß bei den Verhandlungen mit Schevardnadse eine Vereinigung der Moldauischen Sowjetrepublik mit Rumänien auf der Tagesordnung stünde.

Moskau (ADN). UdSSR-Außenminister Schevardnadse wies am Freitag in der „Komsomolskaja Prawda“ Behauptungen von Anhängern des gestürzten Ceausescu-Regimes zurück, wonach die UdSSR und andere Länder des Warschauer Vertrages an der Organisation des Umsturzes beteiligt gewesen seien.

Bukarest (ND). Am Freitagnachmittag landete am Flughafen der Bukarester Flughafen eine weitere INTERFLUG-Maschine mit Hilfsgütern aus der DDR und anderen Ländern. Siehe auch Seite 7.

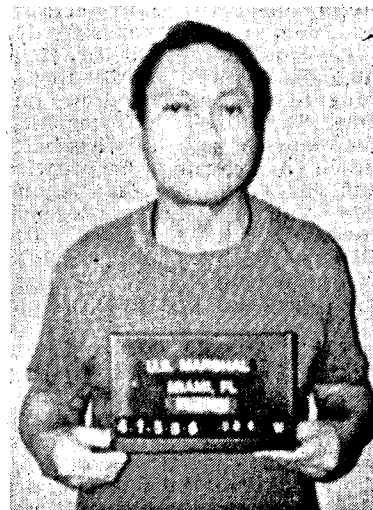
Noriega betrachtet sich als einen politischen Gefangenen

Weigerung, sich dem Spruch eines US-Gerichts zu beugen

Washington (ADN). Der von den USA gestürzte Militärmacht-haber Panama, Manuel Antonio Noriega, betrachtet sich als politischen Gefangenen der Vereinigten Staaten. Vor einem Untersuchungsrichter in Miami (USA-Bundesstaat Florida) verweigerte Noriega am Donnerstag die Aussage zu dem Vorwurf, er habe Panama während seiner Amtszeit zu einem Umschlagplatz des internationalen Rauschgifthandels gemacht. Frank Rubino, einer der Anwälte Noriegas, übermittelte Richter William Hoeweler die Weigerung Noriegas, sich der Rechtsprechung eines amerikanischen Gerichts zu unterwerfen. Er sei ein politischer Gefangener, der rechtswidrig in die Vereinigten Staaten gebracht worden ist.

Die Invasion der USA in Panama, erklärte Noriegas Anwalt weiter, sei rechtswidrig gewesen. Sein Mandant habe sich nur deshalb freiwillig zum Verlassen der apostolischen Nuntiatur in Panama-Stadt entschlossen, weil die USA gedroht hätten, die diplomatische Immunität des Gebäudes zu mißachten. Weil in diesem Falle Todesopfer zu befürchten gewesen seien, habe er sich entschlossen, aufzugeben, ließ Noriega seinen Anwalt mitteilen. Für die Vorbereitung der Verteidigung, erklärte der Anwalt gegenüber dem Richter, werde er mindestens neun Monate brauchen, da sich der Fall sehr komplex darstelle.

Unter Hinweis auf den Contra-Waffenskandal verwies die Nach-



Das amtliche Foto, das die USA-Behörden von ihrem Häftling machten. Telefonat: ZB/AP

richtenagentur AP darauf, daß das Verlangen nach vertraulichen Dokumenten – wie von Noriegas Anwalt angekündigt – das Verfahren sogar verhindern könnte, da die Zustimmung zu deren Freigabe höchst unwahrscheinlich sei. Die Anklage sei sogar zum Scheitern verurteilt, wenn das Gericht zur Auffassung gelangen sollte, daß gegen Noriega vorgegangen werde, um ihn zu Konzessionen hinsichtlich des Panamakanals und der Regierungspolitik seines Landes zu zwingen.

Siehe Seite 7

Beschluß über Maßnahmen für neue Parteien und Gruppen

Regierung unterstützt Arbeit des Runden Tisches

Berlin (ADN). Auf Anträgen bestätigte der Presse- und Informationsdienst der Regierung, daß der Ministerrat am 21. 12. 1989 umfangreiche Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeit des am Runden Tisch vertretenen neuen Parteien und politischen Gruppierungen beschlossen hat. Dieser Beschluß, dessen einzelne Maßnahmen vor der Entscheidung durch die Regierung mit delegierten Vertretern der neuen Parteien und Gruppierungen beraten worden waren, betrifft die Bereitstellung von Räumen und Fahrzeugen, Freistellungen von der beruflichen Tätigkeit, Regelungen zur Finanzierung von Aufwendungen, den Zugang zu den Medien sowie die Gewährleistung notwendiger Informations- und Kommunikationstechnik. Er beinhaltet auch die Bereitstellung des zur Residenz Niederschönhausen gehörenden Konferenzgebäudes als Tagungsort des Runden Tisches.

Teilnehmer des Runden Tisches, Mitglieder bestätigter Arbeitsgruppen sowie Mitarbeiter des Arbeitssekretariats können zur Wahrnehmung ihrer damit verbundenen Aufgaben von der beruflichen Tätigkeit freigestellt werden. Sie erhalten wie die Abgeordneten von Volksvertretungen einen Ausgleich für den Verdienstausfall. Selbständig Tätige bekommen diesen Ausgleich auf Antrag vom zuständigen örtlichen Rat.

Bis zur Verabschiedung des Parteien- und Vereinigungsgesetzes werden notwendige Aufwendungen für die politische Arbeit aus dem Staatshaushalt vorfinanziert. Möglich ist auch die Bereitstellung von Krediten für Anschaffungen von Ausrüstungen und Materialien.

Garantiert wird den Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und politischen Gruppierungen entsprechend der in der Verfassung verankerten Pressefreiheit der Zugang zu den Medien. Die dem Ministerrat unmittelbar unterstellten Medien ADN, Rundfunk und Fernsehen haben dafür Sorge zu tragen, daß die aktuelle Information über die Arbeit und die Aktivitäten der Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und politischen Gruppierungen kontinuierlich gewährleistet wird. In Vorbereitung der Wahlen am 6. Mai 1990 sind den sich zur Wahl stellenden Sendezeiten im Rundfunk und im Fernsehen zur Verfügung zu stellen.

Neue Parteien und politische Gruppierungen können für die Herausgabe eigener Publikationen eine Lizenz beantragen. Bereits zugestimmt wurde in der Zwischenzeit der Herausgabe von Wochenzeitschriften, unter anderem durch das Neue Forum und die SDP. Für andere Druckerzeugnisse wie Broschüren, Plakate, Handzettel usw. sind keine Druckgenehmigungen beziehungsweise Lizenzen erforderlich.

DDR-Frachter rettete 20 panamaische Seeleute

Rostock (ADN). Die Besatzung des DDR-Handelsschiffes „Thema“ hat in der Nacht zum Freitag in der Biskaya 20 Seeleute von dem in Brand geratenen panamaischen Schiff „Pioneer Sea“ gerettet. Wie die Deut-Fracht/Seereederei Rostock mitteilte, befand sich der DDR-Frachter am Donnerstagabend auf der Fahrt von Bordeaux nach Amsterdam, als ihn ein Seenotruf erreichte. Nach Annäherung an den panamaischen Havaristen konnten innerhalb weniger Minuten 20 der 22 Besatzungsmitglieder mit dem Rettungsboot von dem brennenden Schiff geborgen werden. Die zwei an Bord verbliebenen Seeleute wurden von einem französischen Rettungshubschrauber übernommen. Die Geretteten sind am Freitagmorgen in Brest den französischen Behörden übergeben worden.

Ungarn für radikale Erneuerung des RGW

Budapest (ND-Korr.). Ungarn tritt statt für die Auflösung für eine radikale Erneuerung des RGW ein. Das erklärte Außenminister Gyula Horn am Freitag vor der Presse in Budapest. Seiner Meinung nach sind durch die tiefgreifenden Reformprozesse in einer Reihe Mitgliedsländer dafür neue Möglichkeiten entstanden. Für unumgänglich halte man die konvertible Verrechnung im gegenseitigen Warenaustausch. Auch für die Entwicklung der Beziehungen zur DDR seien günstige Voraussetzungen entstanden. Der Minister informierte über bevorstehende Besuche seines CSSR-Amtskollegen, des japanischen Premiers sowie des französischen Präsidenten. Besonderes Interesse habe Budapest an Mitterrands Idee einer europäischen Konföderation. Siehe Kommentar Seite 2

Irak zur Vereinbarung mit dem Iran bereit

Bagdad (ADN). Iraks Präsident Saddam Hussein hat am Freitag die Bereitschaft zu einer umfassenden Friedensvereinbarung mit Iran zum Ausdruck gebracht. In einer Fernsehrede legte er ein Treffen der höchsten Repräsentanten Iraks und Irans unter UNO-Schirmherrschaft vor. Bei der Begegnung sollte Konsens über die Auslegung der Resolution 598 des UNO-Sicherheitsrats erzielt werden. Hussein sprach sich erneut für den etappenweisen Austausch aller Kriegsgefangenen aus. Dabei sollten zuerst Verletzte und Kranke sowie die schon lange in Gefangenschaft lebenden Soldaten in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Die Namen aller bisher nicht registrierten Kriegsgefangenen sollten an das Internationale Rote Kreuz übergeben werden.

Sprecher der BRD weist Vorwurf zurück

„Demokratie jetzt“ kritisierte Vereinbarungen mit der DDR

Bonn (ADN). Die Bundesregierung ist nach Angaben ihres stellvertretenden Sprechers Norbert Schäfer der Auffassung, daß diejenigen, die sich jetzt gegen erste Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten aussprechen, den Menschen in der DDR dringend notwendige Hilfe verweigern. In einer am Freitag in Bonn verbreiteten Erklärung betonte Schäfer, die notwendigen Kontakte, die von der Bundesregierung mit der Regierung der DDR aufgenommen worden seien, dienten „dem Interesse der Menschen und nicht etwa dem Interesse der SED“. Dies gelte ebenso für die in Aussicht genommenen Vereinbarungen. Der Bundeskanzler habe mehrfach daran die

eindeutige Voraussetzung geknüpft, heißt es weiter in der Stellungnahme, daß am 6. Mai eine freie Wahl stattfindet, bei der die sich bewerbenden Parteien Chancengleichheit haben. Der Kanzler habe ferner gesagt, daß Vereinbarungen, die über erste Schritte hinausgehen sollen, erst mit einer frei gewählten Regierung getroffen werden könnten. Mit diesen Bemerkungen reagierte Schäfer auf einen am selben Tag von der DDB-Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ an Bundeskanzler Helmut Kohl gerichteten Brief, in dem heftige Kritik an den Kontakten und Vereinbarungen der Bundesregierung mit der Regierung der DDR geübt worden war.

Über 350 Todesopfer bei Zugunglück in Pakistan

Islamabad (ADN). Die Zahl der Todesopfer bei dem schwersten Zugunglück in der Geschichte Pakistans hat sich nach der jüngsten Bilanz am Freitag auf mehr als 350 erhöht. Mehr als 400 Passagiere seien verletzt worden, viele von ihnen schwebten noch in Lebensgefahr, heißt es im staatlichen Rundfunk. Nach ersten Erkenntnissen führte falsche Signalgebung zu dem am Donnerstag erfolgten Zusammenstoß zweier Züge in der südwestlichen Provinz Sindh nahe der Stadt Sukkur. Gegen drei Bahnangestellte, die unmittelbar nach dem Unglück flüchteten, ist Haftbefehl erlassen worden. Die Regierung schließt Sabotage nicht aus. Der Expresszug Lahore-Karatschi war mit 1500 Reisenden in voller Fahrt auf einen stehenden Güterzug geprallt.

Heute im ND:

● Noch unsicher – erste Schritte in Wohngebieten SEITE 3

● Weiße Flecken in der Bio eines Kernphysikers SEITE 4

● Ein Kombinat als Aktiengesellschaft? SEITE 5

● Antje Vollmer exklusiv für uns: Die Träume der alten Männer SEITE 6

Standpunkt

Lieber ein Zaun?

Die Frage, was mit der Mauer wird, beschäftigt die Gemüter. CSSR-Präsident Havel wundert sich, daß sie überhaupt noch steht. Doch sowenig sie an einem Tag gebaut wurde, ist sie an einem Tag abzutragen. Die „Mauerspechte“ würden dafür Jahrzehnte benötigen, doch es ist anzunehmen, daß ihr Eifer schon bald erlahmt. Denn wie lange werden sie noch Käufer finden, die auf dem Kurfürstendamm für ein paar abgeschlagene Brocken 20 bis 30 Mark berapen?

Auch der Verkauf von rund 40 tonnenswerten Mauersegmenten, frei geworden durch die neugeschaffenen Grenzübergänge, bietet keine Lösung des Problems. Gebote für mehr als eine halbe Million Mark je Segment sollen sowohl von Privatleuten als auch Museen und Galerien vorliegen, besonders gefragt sind Teile mit ausdrucksvoller Graffiti.

Damit werden aber nur „Schätzungsweise“ 100 Meter Mauer verschwinden – es bleibt ein „Rest“ von 165 000 Metern Betonplattenwand. Was damit machen? Der Abriss würde Millionen kosten. Woher das Geld nehmen, woher die Technik, die Arbeitskräfte? Und: Was an Stelle der Mauer, denn eine Grenze muß, welchen Charakter sie auch haben mag, als solche kenntlich sein. Der Krack-Vorschlag, einen Zaun zu errichten, klingt faszinierend. Er hat einen Pferdefuß. Ein Zaun, ob nun Maschendraht oder sibirische Kiefer, kostet, und die Zeiten, wo Kiefer, kostet, und die Zeiten, wo Kiefer, können glauben, sind vorbei. Endgültig. Also: Bauen wir keine Luftschleier (oder Zäune), konzentrieren wir uns auf das Machbare. Mit – solange keine bessere Lösung gefunden ist – einer Mauer, die so durchlässig wie möglich und so schützend wie nötig ist.

Gerold Prokrot

Ab heute gilt in der NVA:

„Herr Leutnant“ statt „Genosse“

Berlin (ADN). In der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR gibt es eine neue Anrede. Wie ADN am Freitag von der Presseabteilung des Verteidigungsministeriums erfährt, heißt es statt bisher „Genosse“ oder „Genossin“ jetzt „Herr“ beziehungsweise „Frau“ oder „Fräulein“. So redet nun der Gefreite seine Vorgesetzten mit „Herr Leutnant“ oder „Herr Hauptmann“ an und wird von ihnen als „Herr Gefreiter“ angesprochen. Die bisherige Regelung galt seit Bildung der NVA 1958 und war auch schon vorher in Schutz- und Sicherheitsorganen der DDR üblich. Die neue Anrede gilt auch in der Deutschen Volkspolizei und den anderen Organen des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, informierte die Pressestelle des Ministeriums.

Kurz berichtet

Neuer „Super-Chip“

Tokio. Der japanische Elektronikkonzern Fujitsu gab am Freitag die Entwicklung eines neuen „Super-Chips“ bekannt. Er kann eine Milliarde Operationen pro Sekunde durchführen.

Lenin-Werft wird eine AG

Warschau. Polen hat die 1988 getroffene Entscheidung zur Schließung der Gdanskler Lenin-Werft aufgehoben. Sie werde in eine Aktiengesellschaft unter dem Namen „Gdanskier Schiffswerft“ umgewandelt, ihre Anteile würden der Belegschaft und ausländischen Investoren angeboten.

Erstes Spielcasino in Prag

Prag. Das erste Spielcasino in Prag ist in dieser Woche eröffnet worden. Es gehört einer Aktiengesellschaft, in der das tschechoslowakische Reisebüro CEDOK 54 Prozent der Anteile besitzt. Das restliche Kapital stammt von der österreichischen Casinos Austria International.